

des Konflikts in Georgien voranzutreiben. Die politischen Führungen in Süd- und Nordossetien werden erneut dringend aufgefordert, die zwischen den Präsidenten der Russischen Föderation und Georgiens ausgehandelte Waffenstillstandsvereinbarung zu unterzeichnen und sie einzuhalten.

Wir fordern die beteiligten Parteien auf, rasch eine friedliche Beilegung des Streites auf der Grundlage der Prinzipien der KSZE herbeizuführen sowie die territoriale Unversehrtheit der betroffenen Staaten und die Rechte der in ihnen wohnenden Minderheiten zu achten.

## 2. Die baltischen Staaten

Die Gleichbehandlung aller Minderheiten in den baltischen Staaten ist ein grundlegender Bestandteil von Frieden und Stabilität in diesem Gebiet.

Wir verstehen die Besorgnis der baltischen Staaten angesichts des Stillstands in den Verhandlungen mit Rußland über den Abzug der ehemals sowjetischen Streitkräfte. Wir sehen auch die mit dem Abzug dieser Streitkräfte für Rußland verbundenen praktischen Probleme.

Jedoch darf nicht zugelassen werden, daß diese Probleme der Anwendung des Grundsatzes des Völkerrechts entgegenstehen, wonach militärische Streitkräfte auf dem Gebiet eines ausländischen Staates ohne dessen Zustimmung nicht stationiert werden dürfen. Es ist deshalb wichtig, in den laufenden Verhandlungen rasch zu einer Einigung über einen Zeitplan für den Abzug der Truppen zu gelangen.

## 3. Nahost

Wir bekräftigen unsere uneingeschränkte Unterstützung für den Friedensprozeß im Nahen Osten, der durch die Friedenskonferenz in Madrid eingeleitet wurde. Wir geben unserer Hoffnung Ausdruck, daß die direkten bilateralen Verhandlungen der Konfliktparteien und die multilateralen Verhandlungen über regionale Fragen zu einer gerechten, dauerhaften und umfassenden Friedensregelung führen werden, die auf den Resolutionen 242 und 338 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen beruht.

Wir begrüßen den von allen fünf multilateralen Arbeitsgruppen bei ihren kürzlich durchgeführten ersten Treffen erzielten Fortschritt. Diese Gespräche sind ein wichtiger Teil der Bemühungen um Vertrauensbildung zwischen den betroffenen Nationen auf dem Weg zum Frieden im Nahen Osten. Wir appellieren an alle Seiten, eine Atmosphäre des Vertrauens und der Zuversicht zu schaffen.

## 4. Irak

Wir stellen fest, daß sich Irak nach wie vor weigert, alle Resolutionen des Sicherheitsrats vorbehaltlos zu erfüllen. Wir werden auch in Zukunft die Vernichtung aller irakischen Massenvernichtungswaffen und die Freilassung aller Gefange-

nen fordern. Wir warnen das irakische Regime davor, repressive, gegen die Resolution 688 des VN-Sicherheitsrats verstößende Maßnahmen gegen irgendein Volk Iraks zu ergreifen.

Irak muß die Verantwortung für das Wohlergehen seiner Bürger und für die Gleichbehandlung seiner Minderheiten annehmen. Es ist von wesentlicher Bedeutung, daß Bagdad die Resolutionen 706 und 712 des Sicherheitsrats einhält, damit Nahrungsmittel und medizinische Güter gerecht verteilt werden können. Wir verurteilen jegliche Gewaltanwendung gegen all jene, die der Bevölkerung Hilfe leisten.

## 5. Korea

Wir begrüßen die Fortschritte im Dialog zwischen Nord- und Südkorea. Sie geben uns Anlaß zur Hoffnung auf eine weitere Reduzierung der Spannungen.

Wir sind besorgt über das vermutete Kernwaffenprogramm Nordkoreas. Das IAEO-Sicherungsabkommen muß uneingeschränkt durchgeführt und ein wirksames bilaterales Inspektionsregime in die Praxis umgesetzt werden.

## 6. China

Die jüngsten Entwicklungen in Richtung auf eine Wirtschaftsreform in der Volksrepublik China sind ermutigend. Wir möchten ferner, daß China größere Anstrengungen in bezug auf politische Reformen unternimmt. Die Lage im Zusammenhang mit den Menschenrechten verlangt weitere beträchtliche Verbesserungen.

Wir begrüßen Chinas Beitritt zum Nichtverbreitungsvertrag sowie die Tatsache, daß es die Richtlinien und Parameter des Trägertechnologie-Regimes (MTCR) anwendet. Wir hoffen, daß China international eine konstruktivere Rolle spielen wird.

## 7. Mittelmeer

Wir halten es für erforderlich, den Entwicklungen im Mittelmeerraum mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Unser Ziel muß es sein, gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen, die es den betroffenen Ländern ermöglichen, sich auf eine Weise zu entwickeln, die sowohl Frieden und Sicherheit wahrt als auch gleichzeitig dazu beiträgt, das Verständnis für die Grundsätze der Demokratie zu fördern und eine bessere Achtung der Menschenrechte zu gewährleisten.

Wir unterstützen die jüngsten Bemühungen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen um eine Lösung des Zypernkonflikts. Wir rufen alle Seiten zur Zusammenarbeit mit dem Generalsekretär auf, damit die derzeitige Chance, dieses langjährige und tragische Problem im Einklang mit den Richtlinien der Sicherheitsrats-Resolution 750 zu lösen, genutzt werden kann.

## 8. Afrika

In Afrika gewinnen die Achtung grundlegender Menschenrechte, politischer Pluralismus und marktwirtschaftliche Ord-

nungen an Boden. Wir werden diesen Prozeß politischer und wirtschaftlicher Reformen weiterhin fördern.

In Südafrika wurden bedeutende Fortschritte in Richtung auf einen völligen Abbau der Apartheid durch einen erneuten brutalen Gewaltakt unterbrochen. Wir rufen alle Seiten auf, die Verhandlungen so bald wie möglich wiederaufzunehmen und größere Anstrengungen zu unternehmen, um Gewaltakte zu verhindern.

Wir appellieren an alle betroffenen Parteien, den Verhandlungsweg in Richtung auf eine Demokratie, in der es keine Rassenschranken gibt, fortzusetzen. Ein anhaltendes Wirtschaftswachstum ist für eine dauerhafte Lösung der Probleme Südafrikas von entscheidender Bedeutung.

Die Lage am Horn von Afrika ist nach wie vor alarmierend. Die ethnischen Auseinandersetzungen in Äthiopien dauern auch nach den umstrittenen Wahlen an.

Das Ende von Anarchie, Chaos, Gewalt und Hungersnot in Somalia hängt unverändert von der Bereitschaft der zahlreichen örtlichen Gruppierungen ab, die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und medizinischen Gütern durch die Vereinten Nationen, das Internationale Komitee vom Roten Kreuz und andere Organisationen zuzulassen. Wir begrüßen und unterstützen die VN-Friedensmission UNOSOM für Somalia.

### 9. Lateinamerika

Wir erkennen die in Lateinamerika erreichten Fortschritte bei der Festigung der Demokratie und marktwirtschaftlicher Strukturen an.

In diesem Zusammenhang begrüßen wir die Bemühungen der OAS, die auch Sanktionen umfassen, um die Rückkehr Haitis zu einer verfassungsmäßigen Ordnung.

Wir sehen auch Perus Rückkehr zu einer verfassungsmäßigen Ordnung erwartungsvoll entgegen.

Wir begrüßen ferner die Unterzeichnung des Friedensabkommens für El Salvador und die Bemühungen beider Parteien um die zügige Umsetzung dieses Abkommens.

Wir unterstützen Bemühungen in anderen Ländern der Region um die Beilegung bestehender Konflikte.

In der Region wächst die Erkenntnis, daß die Bewältigung globaler Herausforderungen, wie Umweltschutz und Drogenhandel, enge internationale Zusammenarbeit erfordert. Wir sind bereit, an der Zusammenarbeit in der Region teilzunehmen und sie zu unterstützen. Die zunehmende Verflechtung zwischen terroristischen Organisationen und Drogenhändlern erfüllt uns mit Sorge.

Die Schritte, die Argentinien und Brasilien unternommen haben, um eine vollständige Inspektion ihrer nuklearen Aktivitäten zu ermöglichen, und ihr Beschluß, den Vertrag von Tlatelolco in Kraft zu setzen sowie die Unterzeichnung des

umfassenden Sicherheitsabkommen mit der IAEO in Erwägung zu ziehen, werden auch in diesem Bereich die Zusammenarbeit fördern.

### 10. Drogen

Mit unseren Initiativen der letzten Jahre haben wir die internationale Zusammenarbeit zur Bekämpfung des Drogenhandels deutlich gestärkt. An der Arbeit der „Financial Action Task Force“ zur Untersuchung der Drogengeldwäsche und der „Chemical Action Task Force“ zur Verhinderung der Abzweigung von Chemikalien zur illegalen Drogenherstellung beteiligen sich inzwischen weit über zwanzig Staaten, die Europäische Gemeinschaft und verschiedene internationale Organisationen, darunter auch das VN-Drogenbekämpfungsprogramm.

Der Kampf gegen Drogen bleibt eine große Herausforderung. Um dieser Herausforderung wirkungsvoll begegnen zu können, werden wir unsere Bemühungen um eine breit angelegte internationale Zusammenarbeit fortsetzen. Eine besonders bedeutsame Rolle messen wir dabei den Vereinten Nationen, insbesondere dem VN-Drogenbekämpfungsprogramm, bei.

### 11. Terrorismus

Wir verurteilen den Terrorismus in allen seinen Formen und bekräftigen unsere Entschlossenheit, bei seiner Bekämpfung zusammenzuarbeiten. Wir fordern alle betroffenen Staaten auf, sich der Unterstützung des Terrorismus einschließlich finanzieller Unterstützung zu enthalten und wirksame Maßnahmen zu treffen, um die Nutzung ihres Hoheitsgebiets durch terroristische Organisationen zu verhindern.

Mit gleichem Nachdruck verurteilen wir Geiselnahmen. Wir begrüßen die kürzliche Freilassung von zwei Geiseln in Libanon. Wir fordern erneut die umgehende und bedingungslose Freilassung aller möglicherweise noch festgehaltenen Geiseln sowie Auskünfte über alle als Geiseln genommenen Personen, die in der Zeit ihrer Geiselhaft ums Leben gekommen sein könnten.

Wir unterstreichen die Notwendigkeit, daß Libyen die Resolutionen 731 und 748 des Sicherheitsrats umgehend und vollständig erfüllt. Wir rufen alle Staaten auf, die gegen Libyen verhängten Sanktionen strikt anzuwenden, so daß die Verantwortlichen für die Bombenanschläge auf die Flüge PA 103 und UTA 772 vor Gericht gestellt werden können und Libyens Unterstützung des Terrorismus ein Ende gesetzt wird.

Wir unterstützen die Maßnahmen der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation, die auf eine Erhöhung der Sicherheit der Zivilluftfahrt abzielen. Wir betrachten das Übereinkommen über die Markierung von Plastiksprengstoffen zum Zweck des Aufspürens als einen bedeutenden Schritt in Richtung auf dieses Ziel.

## Wirtschaftserklärung von München

### Zusammenarbeit für Wachstum und eine sichere Welt

München, 8. Juli 1992

1.

Wir, die Staats- und Regierungschefs der sieben wichtigsten Industriestaaten und der Präsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, sind in München zu unserem achtzehnten jährlichen Gipfel zusammengetroffen.

2.

Die Völkergemeinschaft steht an der Schwelle einer neuen Zeit, befreit von der Last des Ost-West-Konflikts. Kaum jemals zuvor waren die Voraussetzungen so günstig, einen dauerhaften Frieden zu gestalten, die Achtung der Menschenrechte zu gewährleisten, die Grundsätze der Demokratie zu verwirklichen, freie Märkte zu sichern, die Armut zu überwinden und die Umwelt zu bewahren.

3.

Wir sind entschlossen, die sich jetzt bietenden einzigartigen Chancen durch partnerschaftliches Handeln zu nutzen. Ein grundlegender Wandel bringt zwar Risiken mit sich, aber wir setzen auf die Kreativität, die Leistungsbereitschaft und das Engagement der Menschen als eigentliche Quellen des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts. Die globale Dimension der Herausforderungen und die wechselseitigen Abhängigkeiten erfordern eine weltumspannende Zusammenarbeit. Die enge Abstimmung unserer Politik als Teil dieser Zusammenarbeit ist heute wichtiger denn je.

#### Weltwirtschaft

4.

Ein starkes Wachstum der Weltwirtschaft ist die Voraussetzung für die Bewältigung einer Vielzahl von Herausforderungen, denen wir uns nach dem Kalten Krieg gegenübersehen.

Die Anzeichen für eine weltweite wirtschaftliche Erholung mehren sich. Darauf werden wir uns jedoch nicht verlassen, sondern wir werden gemeinsam handeln, um sicherzustellen, daß die Erholung an Dynamik gewinnt und das Wachstum sich verstärkt.

5.

Zu viele Menschen sind ohne Arbeit. Das Potential der Menschen, Betriebe und Ressourcen wird nicht in vollem Umfang genutzt. Wir sind über die durch Arbeitslosigkeit verursachten Härten besonders besorgt.

6.

Die wirtschaftlichen Gegebenheiten in jedem unserer Länder sind unterschiedlich; aber wir alle würden aus einem stärkeren dauerhaften inflationsfreien Wachstum großen Gewinn ziehen.

7.

Ein höheres Wachstum wird auch anderen Ländern helfen. Wachstum erzeugt Handel. Mehr Handel wird den Entwicklungsländern und den neuen Demokratien, die bestrebt sind, die Kommandowirtschaft zu überwinden und sich zu produktiven Teilnehmern des weltumspannenden Marktes zu entwickeln, kräftige Impulse verleihen. Ihr wirtschaftlicher Erfolg liegt in unserem gemeinsamen Interesse.

8.

Eine erfolgreiche Uruguay-Runde ist ein wesentlicher Beitrag zur Zukunft der Weltwirtschaft. Ein baldiger Abschluß der Verhandlungen wird unsere Volkswirtschaften stärken, den Reformprozeß in Osteuropa fördern und neue Chancen für das Wohlergehen anderer Völker, einschließlich insbesondere der Entwicklungsländer, eröffnen.

Wir bedauern, daß die Verhandlungen seit unserem Treffen in London im letzten Jahr nur langsam vorangekommen sind. Es hat jedoch Fortschritte während der vergangenen Monate gegeben. Wir sind deshalb überzeugt, daß ein ausgewogenes Übereinkommen in greifbare Nähe gerückt ist.

Wir begrüßen die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Gemeinschaft, die soeben verabschiedet wurde und die Lösung noch ausstehender Fragen erleichtern dürfte.

Fortschritte sind in der Frage der internen Stützungsmaßnahmen in einer Weise erzielt worden, die mit der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik im Einklang steht, in der Frage des Volumens subventionierter Ausfuhren und bei der Vermeidung künftiger Streitigkeiten. An diesen Themen muß weiter gearbeitet werden. Darüber hinaus haben die Beteiligten in den Bereichen Marktzugang und Handel mit Getreidesubstituten nach wie vor Anliegen, die sie angehen wollen.

Wir bekräftigen, daß die Verhandlungen zu einem weltweit ausgewogenen Resultat führen sollten. Eine Vereinbarung muß offenere Märkte für Waren und Dienstleistungen schaffen und wird allen Verhandlungspartnern vergleichbare Anstrengungen abverlangen.

Wir erwarten, daß auf dieser Grundlage ein Übereinkommen noch vor Ende 1992 erreicht werden kann.

9.

Wir wollen durch koordinierte und individuelle Maßnahmen ertrauen bei Investoren, Sparern und Verbrauchern bilden: Vertrauen darauf, daß berufliche Leistung zu höherer Lebensqualität führt; Vertrauen darauf, daß Investitionen sich als gewinnbringend erweisen; Vertrauen darauf, daß sparen sich lohnt und die Preisstabilität nicht aufs Spiel gesetzt wird.

10.

Wir verpflichten uns zu einer Politik, die auf die Schaffung von Arbeitsplätzen und Wachstum abzielt. Es ist unser Ziel, unter Berücksichtigung der jeweiligen Lage in unseren Ländern die geeigneten Schritte zur Durchsetzung einer gesunden makroökonomischen Politik zu unternehmen, um ein stärkeres dauerhaftes Wachstum voranzubringen.

Vor diesem Hintergrund haben wir folgende Leitlinien vereinbart: Wir werden

- auch weiterhin eine solide Geld- und Finanzpolitik verfolgen, um den Aufschwung zu stützen, ohne die Inflation wieder anzufachen;
- den Spielraum für niedrigere Zinsen durch Verringerung übermäßiger öffentlicher Defizite und Förderung der Ersparnisbildung schaffen;
- übermäßige öffentliche Defizite, vor allem durch die Begrenzung der öffentlichen Ausgaben, abbauen. Das Geld der Steuerzahler sollte sparsamer und wirkungsvoller eingesetzt werden;
- unsere umwelt- und wachstumspolitischen Ziele durch verstärkte Nutzung marktwirtschaftlicher Anreize und technologische Innovation besser in Einklang bringen, um ein umweltfreundliches Verbrauchs- und Produktionsverhalten zu fördern.

In dem Maße, wie die Inflationsgefahr als Ergebnis unserer Politik abnimmt, wird zunehmend die Möglichkeit gegeben sein, daß die Zinssätze zurückgehen. Dies wird zu neuen Investitionen und damit zu stärkerem Wachstum und mehr Arbeitsplätzen beitragen.

11.

Eine gute makroökonomische Politik ist aber nicht ausreichend. Alle unsere Volkswirtschaften sind durch strukturelle Verkrustungen belastet, die unsere potentiellen Wachstumsraten einengen. Wir müssen den Wettbewerb fördern. Wir müssen ein günstigeres Umfeld für Privatinitiative schaffen. Wir müssen übertriebene Regulierungen beseitigen, welche Innovation, Unternehmungsgeist und Kreativität unterdrücken. Wir werden die Beschäftigungschancen durch bessere Ausbildung, Bildung und größere Mobilität stärken. Wir werden die Grundlage für langfristiges Wachstum durch Verbesserung der Infrastruktur und stärkere Betonung von Forschung und Entwicklung festigen. Wir drängen die neuen Demokratien im Übergang zur Marktwirtschaft zu solchen Reformen. Wir dürfen von uns selbst nicht weniger verlangen.

12.

Die Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik ist ein zentrales Element unserer gemeinsamen Strategie für dauerhaftes, inflationsfreies Wachstum. Wir fordern unsere Finanzminister auf, ihre Zusammenarbeit auf der Grundlage unserer vereinbarten Leitlinien zu verstärken, ihre Bemühungen um die Beseitigung von Wachstumshemmnissen zu intensivieren und damit Beschäftigung zu fördern. Wir bitten sie, uns auf dem Gipfeltreffen in Japan 1993 Bericht zu erstatten.

#### **Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (UNCED)**

13.

Der Erdgipfel war ein Meilenstein auf dem Weg zur Schärfung des Bewußtseins für die globalen Umweltherausforderungen und hat der Schaffung einer weltweiten Umwelt- und Entwicklungspartnerschaft neue Anstöße gegeben. Rasches und kon-

kretes Handeln ist notwendig, um die von uns übernommenen Verpflichtungen in bezug auf die Klimaveränderung, den Schutz der Wälder und der Meere, die Erhaltung der Meeresressourcen und der Artenvielfalt in die Tat umzusetzen. Wir fordern deshalb alle Staaten, sowohl entwickelte Länder als auch Entwicklungsländer, auf, ihre Politik und ihre Ressourcen für eine dauerhafte Entwicklung einzusetzen, die die Interessen der gegenwärtigen wie auch künftiger Generationen wahrt.

14.

Um den Anstoß der Konferenz von Rio zu nutzen, fordern wir andere Staaten auf, gemeinsam mit uns

- die Ratifizierung des Übereinkommens betreffend Klimaveränderung bis Ende 1993 anzustreben,
- bis Ende 1993 nationale Aktionspläne, wie sie UNCED vorsieht, zu erarbeiten und zu veröffentlichen,
- beim Schutz der Arten und der Lebensräume, von denen sie abhängig sind, zusammenzuarbeiten,
- den Entwicklungsländern zusätzliche finanzielle und technische Unterstützung für die dauerhafte Entwicklung durch staatliche Entwicklungshilfe, insbesondere durch die Wiederauffüllung der IDA-Mittel, und für Maßnahmen von weltweitem Nutzen durch die Globale Umweltfazilität zu leisten mit dem Ziel, letztere als ständigen Finanzierungsmechanismus auszugestalten,
- auf der Generalversammlung der Vereinten Nationen 1992 die Kommission für Dauerhafte Entwicklung einzurichten, der bei der Überwachung der Umsetzung der „Agenda 21“ eine entscheidende Rolle zukommen wird,
- einen internationalen Prozeß zur Überprüfung der Waldgrundsätze einzuleiten und frühzeitig in einen Dialog über mögliche geeignete internationale abgestimmte Vereinbarungen einzutreten, der auf der Umsetzung dieser Grundsätze beruht, und verstärkt internationale Unterstützung zu leisten,
- die Überwachung der globalen Umwelt weiter zu verbessern, unter anderem durch verstärkte Nutzung von Daten aus Satelliten- und anderen Erdbeobachtungsprogrammen,
- die Entwicklung und Weitergabe von Energie- und Umwelttechnologien, einschließlich Vorschlägen für innovative Technologieprogramme, zu fördern,
- die Einberufung der internationalen Konferenz über Fischbestände, die die Grenzen von Fischereizonen überschreiten, und von Wanderfischarten in den Meeren zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu gewährleisten.

#### **Entwicklungsländer**

15.

Wir begrüßen die wirtschaftlichen und politischen Fortschritte, die viele Entwicklungsländer, insbesondere in Ost- und Südostasien, aber auch in Lateinamerika und in einigen Teilen Afrikas, erzielt haben. Dennoch ringen viele Länder überall auf der Welt noch immer mit dem Problem der Armut. Insbesondere Subsahara-Afrika gibt Anlaß zur Sorge.